Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

zum/zur

F0136/12 – FDP-Ratsfraktion

Bezeichnung

Bekanntmachung Trägerwechsel Frauenhaus

Verteiler

Der Oberbürgermeister

Stadtamt

Amt 50

Stellungnahme-Nr.

S0196/12

Datum

17.07.2012

Tag

31.07.2012

Die Landeshauptstadt Magdeburg hat eine „Bekanntmachung zur Betreibung eines Frauenhauses und deren ambulanter Beratungsstelle in der LH MD“ ausgeschrieben (siehe <http://magdeburg.de/index.php?NavID=37.367&object=tx|37.7056.1&La=>)

Die Bewerbungsfrist ist am 30.6.12 abgelaufen.

Dazu gibt es ein Schreiben der Familienhaus Magdeburg gemeinnützige GmbH, das – dem Verteiler gemäß – auch dem BG V vorliegt.

Ich bitte um die mündliche und ggf. ergänzende schriftliche Beantwortung nachstehender Fragen:

1. Wie viele Bewerbungen zur Bekanntmachung sind eingegangen?
2. Wie bewertet die LH MD die Einschätzung des Familienhauses bezüglich der Konditionen in der Ausschreibung? (Bitte detailliert auf die finanziellen Kosten und die räumliche Unterbringung eingehen)
3. Weicht die LH MD mit den Konditionen von denen anderer Kommunen ab? Wenn ja, warum?
4. Wie wertet die LH MD die Formulierung im Schreiben des Familienhauses (letzter Absatz), die durchaus so zu interpretieren ist, dass der Stadt auf Grund der Ausschreibungsbedingungen fehlendes ernsthaftes Interesse an einem Trägerwechsel unterstellt wird?

1. Wie viele Bewerbungen zur Bekanntmachung sind eingegangen?

Auf Grundlage des Interessenbekundungsverfahrens nach öffentlicher Bekanntmachung liegen der Verwaltung folgende Angebote vor:

- ein vollständiges, fristgerecht eingereichtes Angebot
- eine verfristete Interessenbekundung ohne Antragsunterlagen
- die Interessenbekundung des Familienhauses ohne weitere Antragsunterlagen

2. Wie bewertet die LH MD die Einschätzung des Familienhauses bezüglich der Konditionen in der Ausschreibung? (Bitte detailliert auf die finanziellen Kosten und die räumliche Unterbringung eingehen)

Die Einschätzung des Familienhauses ist nicht richtig – dargestellt werden konnten nur die Finanzmittel des Landes, da dafür die Richtlinie besteht. Die Stadt wird sich an der Finanzierung beteiligen – die Art und Weise sowie Höhe der Beteiligung ist nach der Förderrichtlinie der Landeshauptstadt zu bestimmen. Die Förderhöhe hängt von den Bedingungen des jeweiligen Trägers ab – Mietobjekt, Höhe der Miete, Personalkosten etc. Aus diesem Grunde findet sich in der Bekanntmachung keine konkretere Angabe.

Da die Stadt die bislang genutzte Räumlichkeit nicht mit angeboten hat, muss der Träger Räumlichkeiten selbst vorweisen. Die Verwaltung unterstützt im Rahmen ihrer Möglichkeiten. So wurde z.B. eine Anfrage unter Angabe der erforderlichen Rahmenbedingungen schriftlich als auch mündlich an die Wohnungsunternehmen in der Landeshauptstadt Magdeburg anlässlich einer Arbeitsgruppensitzung der Unternehmen gestellt.

Wird bis zum beabsichtigten Zeitpunkt zur Übergabe an den freien Träger, also 01. 01. 2013, kein geeignetes Objekt durch den Träger vorgehalten, wird die Stadt Maßnahmen zur Sicherstellung der Aufgabenerfüllung vornehmen.

Eine Einsparung an Kosten Frauenhaus/Obdachlosenbetreuung wäre für die Stadt nur bei Umsetzung des effektiven Unterbringungskonzeptes entstanden, welches den Grundsatzbeschlüssen zu den Drucksachen 0101/10 und 0099/10 zugrunde lag (einschließlich Unterbringung Asylbewerber), nicht durch die Nichtsanierung der Virchowstraße als geeignetes Objekt. Die einmaligen Mehraufwendungen im investiven Bereich wären durch die laufenden Kosten für die Gesamtheit der Unterbringung der verschiedenen Personengruppen kompensiert worden (insbesondere durch effizienten Personaleinsatz, dadurch Einsparung von Personalkosten und Wachdienstkosten, nicht jedoch für das Frauenhaus in einer alleinstehenden Betrachtung).

Ob es bei Übertragung an einen freien Träger ausschließlich im Bereich des Frauenhauses zu Einspareffekten für die Stadt kommt, hängt im Wesentlichen von der Kostenkalkulation des Trägers ab. Die Landeszuwendung wird in gleicher Höhe wie bisher bei Vorliegen der Voraussetzungen entsprechend der Förderrichtlinie des Landes ausgereicht werden. Für das vollständig vorliegende Angebot wurde das Vorliegen der Fördervoraussetzungen durch das Land signalisiert. Das Land geht vom Bedarf an einem Frauenhaus für die Stadt Magdeburg in der bisherigen Kapazität aus. Voraussetzung für die Bewilligung durch das Land ist die Bedarfsbestätigung durch den örtlichen Träger der Sozialhilfe und die Bestätigung, dass der Träger die lt. Richtlinie des Landes gebotenen Voraussetzungen erfüllt.

Für das vorliegende Angebot ist das aus Sicht der Verwaltung nach Erstprüfung gegeben.

3. Weicht die LH MD mit den Konditionen von denen anderer Kommunen ab? Wenn ja, warum?

Wenn die Konditionen gemeint sind, die das Land für eine Förderung vorgibt, weicht die Stadt nicht von Förderkonditionen ab. Andere Kommunen – es wurden im Vorfeld Erkundigungen eingeholt – fördern sehr unterschiedlich, regelmäßig als freiwillige Finanzierung im Rahmen einer Anteilsfinanzierung. Die Träger haben dort jährlich freiwillige Zuwendungen zu beantragen. Zu den Konditionen, wie eine Förderung für Magdeburg vorgesehen wird, wird es in der in Kürze vorliegenden Drucksache Hinweise geben, insofern hat der Stadtrat im Rahmen seiner Beschlussfassung auch Einflussmöglichkeiten.

4. Wie wertet die LH MD die Formulierung im Schreiben des Familienhauses (letzter Absatz), die durchaus so zu interpretieren ist, dass der Stadt auf Grund der Ausschreibungsbedingungen fehlendes ernsthaftes Interesse an einem Trägerwechsel unterstellt wird?

Derartige Aussagen von einem Träger, der bereits im März sein Interesse bekundet hat und entsprechend auf das beabsichtigte Verfahren ausdrücklich hingewiesen wurde, sind tatsächlich eine Unterstellung. Dass auf die Bekanntmachung hin durchaus brauchbare Unterlagen eingereicht werden können, dokumentiert das vorhandene qualitativ brauchbare Angebot eines Trägers, der in der Frauenhausarbeit bereits erfolgreich etabliert und auch vom Land anerkannt ist. Für die Verwaltung wäre die Vorlage eines weiteren Angebotes von Vorteil gewesen.

Ein Auswahlverfahren mittels Bewertungsmatrix war bereits vorbereitet worden.
Die Verwaltung bedauert es ausdrücklich, dass das Familienhaus scheinbar nicht bereit ist, sich dem Wettbewerb bei einem Interessenbekundungsverfahren zu stellen.

Brüning